

Gemeinderat - Ö - vom 01.02.2011

1) TOP Verabschiedung von Oberverwaltungsrat Michael Schmitt

Oberbürgermeister Thorsten Frei verabschiedet Michael Schmitt als Stadtkämmerer der Stadt Donaueschingen. Er dankt ihm für die bei der Stadt Donaueschingen sehr engagiert geleistete Arbeit und wünscht ihm viel Erfolg in seiner neuen Aufgabe als Bürgermeister der Gemeinde Brigachtal.

2) TOP Bürger fragen

Keine.

3) TOP 10-001/11 Amt Bildung und Soziales - zusätzlicher Personalbedarf

Stadtrat Hall: Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen. Sie sehe aber die Notwendigkeit, die für das Amt Bildung und Soziales zusätzlich bewilligte Personalstelle mit 0,25 % Beschäftigungsumfang in der Zukunft in einem anderen Bereich der Verwaltung wieder einzusparen.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 4 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

4) TOP 10-050/10 Schulen - Schulbezirke Grundschulen

Hauptamtsleiter Ernst Zimmermann erläutert ergänzend zur Sitzungsvorlage den Tagesordnungspunkt.

Stadtrat Hall: Er sehe die Aufhebung der bisherigen Schulbezirksgrenzen für die Grundschulen auch als Chance für die Schulen. Es sei positiv, dass auch die Grundschulen versuchen, sich ein eigenes Profil zu geben, wie es beispielsweise die Grundschule Wolterdingen mit dem EDV-Projekt getan habe. In Villingen biete eine Grundschule auch ein Montessori-Zug an. Durch Profilierungen in dieser oder anderer Form sei Eltern die Möglichkeit gegeben, ihre Kinder dort einzuschulen, wo sie für diese die besten Entwicklungsmöglichkeiten sehen. Die Verwaltung sollte deshalb im Kontakt mit dem Regierungspräsidium klären, ob unter Umständen die unterschiedliche Profilierung der Grundschulen Grund dafür sein könnte, im Einzelfall entgegen den derzeitigen Regelungen im Schulgesetz auf die Festlegung von Schulbezirksgrenzen zu verzichten.

Stadträtin Weishaar: Die Festlegung von Schulbezirken im Grundschulbereich sei aus Ihrer Sicht sinnvoll; dies sowohl aus organisatorischer als auch aus pädagogischer Sicht (Übergang Kindergarten in Grundschule). Für die Grundschulen in den Ortsteilen sei im Sinne der Chancengleichheit die Einführung eines Ganztagsangebotes sehr wichtig.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Nachdem die Aufhebung der Schulbezirke im Grundschulbereich rechtlich nicht möglich sei, könne der Gemeinderat keine andere Lösung beschließen. Auch das Regierungspräsidium könne aufgrund dieser Rechtslage zu keiner anderen Entscheidung kommen.

Stadtrat Blaurock: Er sei zuversichtlich, dass in vier bis fünf Jahren das Schulgesetz in Bezug auf die Schulbezirke im Grundschulbereich geändert werde und die Schulbezirke dann auch in Donaueschingen aufgehoben werden können.

Stadtrat Karrer: Eine allgemeine Entwicklung zur Profilbildung in den Grundschulen könne er nicht sehen. Aufgabe der Grundschulen sei es, den Kindern allgemeine Wissensgrundlagen und bestimmte Kulturtechniken beizubringen. Eine Profilierung wie zum Beispiel in der Grundschule Wolterdingen sei grundsätzlich positiv zu sehen. Es sei aber mit Sicherheit nicht so, dass dort ausschließlich künftige IT-Fachleute unterrichtet würden.

Oberbürgermeister Thorsten Frei: Es sollte im Rahmen der Möglichkeiten Einfluss darauf genommen werden, dass die Regelungen im Schulgesetz der realen Entwicklung angepasst werden.

Beschluss:

1. Die Information hinsichtlich der rechtlichen Regelungen zur Bildung von Schulbezirken wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Beibehaltung der bisherigen Schulbezirke für den Grundschulbereich nach dem derzeitigen Zuschnitt wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Gemeinderat mit einer möglichen Änderung der Grundschulbezirke wieder zu befassen, wenn sich dafür Notwendigkeiten ergeben.

(einstimmig)

5) TOP 20-005/11 Annahme von Spenden - Genehmigung durch den Gemeinderat

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

6) TOP 20-006/11 Genehmigung der Haushaltssatzung 2011

Oberbürgermeister Thorsten Frei: Die Hinweise im Schreiben des Regierungspräsidiums Freiburg zur finanziellen Entwicklung des städtischen Haushalts halte er nicht für gerechtfertigt. Die Gesamtverschuldung der Stadt sei in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Dies sei das Ergebnis einer vernünftigen Haushaltspolitik. Hinsichtlich der Personalkosten gebe es klare Aussagen der Gemeindeprüfungsanstalt, dass die Verwaltung im Kernbereich personell deutlich unterbesetzt sei. Personal- und Sachkosten seien auch nicht miteinander vergleichbar.

Nach derzeitigem Kenntnisstand werde das Rechnungsjahr 2010 voraussichtlich mit einer Verbesserung von etwa 2. Mio. Euro über dem Plan abschließen. Auch für 2011 könne davon ausgegangen werden, dass es nicht zu negativen Ergebnissen komme. Dies alles könne wiederum bedeuten, dass die Stadt zum Ausgleich des Haushalts unter Umständen nicht auf das Eigenbetriebsdarlehen zurückgreifen müsse. Überhaupt nicht nachvollziehbar sei für ihn der mahnende Hinweis auf die steigenden Kosten im Bereich der Kleinkindbetreuung. Zum einen wisse die Stadt selbst, dass dieser Bereich sehr hohe Kosten verursache, zum anderen sei die Stadt aufgrund der bestehenden gesetzlichen Regelung aber verpflichtet, für die Kleinkindbetreuung in ausreichender Zahl Plätze zu schaffen.

Stadtrat Hall: Die Verwaltung sollte versuchen, Vergleichszahlen aus anderen Städten zu erhalten und vielleicht auch die Stellungnahmen der Kommunalaufsicht des Regierungspräsidiums Freiburg zu den Haushaltsplänen der anderen Großen Kreisstädte des Regierungsbezirks.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Das Schreiben des Regierungspräsidiums habe die GUB-Fraktion sehr nachdenklich gestimmt. Der Gemeinderat sollte die darin enthaltenen Hinweise und Anregungen ernst nehmen und, soweit dies möglich sei, auch umzusetzen.

Oberbürgermeister Frei: Die Stadt Donaueschingen wirtschaftete sehr solide. Mehrfach seien Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung beraten und umgesetzt worden, und bei jeder Haushaltsplanberatung werde gespart wo es gehe. Einen weiteren Handlungsspielraum sehe er nicht.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

7) TOP 20-007/11 Beteiligungsbericht 2009

Stadtrat Blaurock: Die Formulierung auf Seite 16 Nr. 2.4.2, 2 Absatz im 1. Satz des Beteiligungsberichtes sei etwas missverständlich.

Oberbürgermeister Frei: Mit diesem Satz sei zum Ausdruck gebracht, dass die Verbindlichkeiten wie geplant getilgt werden. Die Verwaltung werde versuchen, in der Zukunft klarer zu formulieren.

Beschluss: Der Beteiligungsbericht 2009 wird zur Kenntnis genommen.

8) TOP 20-008/11 Eigenbetrieb Wasserwerk - Mittelübertragung in das Jahr 2011

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

9) TOP 32-002/11 Gebührenerhebung für Waffenkontrollen

Bürgermeister Kaiser erläutert ergänzend zur Sitzungsvorlage den Tagesordnungspunkt. Bei den bisher durchgeführten Kontrollen sei die Beanstandungsquote sehr hoch gewesen.

Stadtrat Hall: Er halte den vom Gemeinderat 2009 gefassten Beschluss für richtig. Für ihn sei deshalb nicht nachvollziehbar, dass aufgrund der guten Lobbyarbeit der Jäger der sich durch die Waffenkontrollen ergebene Verwaltungsaufwand jetzt von der Allgemeinheit getragen werden solle. An der Notwendigkeit der Kontrollen gebe es keine Zweifel. Deshalb müsse derjenige, der Waffen in seinem Haus verwahre, auch akzeptieren, dass deren ordnungsgemäße Verwahrung von den zuständigen Behörden kontrolliert werde und er den Aufwand für diese Kontrollen auch bezahlen müsse. Dabei sei es unerheblich, ob es bei den Kontrollen Beanstandungen gebe oder nicht. Auch beim Auto-TÜV müsse die Gebühr bezahlt werden, wenn es keine Beanstandungen gebe.

Stadtrat Karrer: Die SPD-Fraktion halte ebenfalls an der 2009 beschlossenen Satzung fest. Das bedeute, dass für jede Kontrolle eine Gebühr zu bezahlen sei, ob es dabei Beanstandungen gebe oder nicht.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Die GUB-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zustimmen. Die Fraktion habe sich die Mühe gemacht, zu diesem Thema das externe Meinungsbild zu eruieren. Dabei sei der Verwaltungsvorschlag auf Unverständnis gestoßen. Es gebe neben dem Auto-TÜV noch viele weitere Beispiele dafür, dass eine Gebühr unabhängig vom Ergebnis bezahlt werden müsse. Auch beim Schornsteinfeger sei dies beispielsweise so der Fall. Bei Beibehaltung der bisherigen Gebührenregelung seien deshalb rechtliche Probleme nicht zu erwarten.

Stadtrat Blaurock: Auch die Grünen-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht folgen.

Stadtrat Roland Erndle: Die in den verschiedenen Wortmeldung angeführten Beispiele seien als Argumente für die Ablehnung des Verwaltungsvorschlages nicht geeignet. Passen würde vielmehr das Beispiel hinsichtlich der Kontrolle der Einhaltung der Anschnallpflicht. In diesem Fall müsse ein angeschnallter Autofahrer auch keine Gebühr für die durchgeführte Kontrolle bezahlen. Er werde deshalb dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen.

Bürgermeister Kaiser: (Auf Wortmeldung von Stadtrat Hall) Die Jagdsteuer sei nicht deshalb abgeschafft worden, weil gebührenpflichtige Waffenkontrollen neu eingeführt worden seien. Die Jagdsteuer sei vielmehr ein Relikt aus vergangenen Zeiten gewesen, als die Jagd noch als Luxus angesehen worden sei. Der Jagd und den Jägern komme hinsichtlich eines nachhaltigen kommunalen Forstbetriebs große Bedeutung zu. Die absehbare Entwicklung lasse befürchten, dass für die kommunalen Jagdreviere schon in der näheren Zukunft unter Umständen keine Pächter mehr gefunden werden könnten. Wenn dies so komme, ergebe sich für Kommunen möglicherweise die Notwendigkeit, Jäger als Mitarbeiter zu beschäftigen. Wenn der Gemeinderat hinsichtlich des Verzichts auf die Erhebung von Gebühren bei verdachtsunabhängigen Kontrollen dem Verwaltungsvorschlag nicht folge, sei der andere Teil der Änderungssatzung aber trotzdem zu beschließen.

Stadtrat Hall: Die Regelung in Ziffer 20.5.1 in § 3 der Änderungssatzung halte er für eine willkürliche Festlegung, die seiner Ansicht nach so nicht beschlossen werden könne.

Beschluss: 1. Dem Beschlussvorschlag Nr. 1 der Verwaltung (Erhebung von

Gebühren bei verdachtsabhängigen Kontrollen und Kontrollen mit Beanstandungen) wird nicht zugestimmt.

(26 Nein, 5 Ja, 1 Enthaltung)

2. Der Erhebung von Gebühren bei Kontrollen wird zugestimmt.

(27 Ja, 5 Enthaltungen)

3. Der Änderungssatzung in der vorgeschlagenen Form mit Ausnahme der Regelung in § 3 und, falls erforderlich, den notwendigen redaktionellen Änderungen wird zugestimmt.

(27 Ja, 5 Enthaltungen)

10) TOP 60-130/10 Turn- und Bewegungshalle - Antrag Turnverein Donaueschingen

Oberbürgermeister Thorsten Frei: Alle Beteiligten seien informiert, dass es nicht möglich sei, die Turn- und Bewegungshalle in einer bestehenden Halle zu realisieren. Für die Stadt sei es auch keine Option, die Halle als städtisches Projekt selbst zu bauen. Wenn der Turnverein an diesem Projekt festhalte, gebe es deshalb nur die Lösung, dass der Verein die geplante Geräteturnhalle in Eigenregie baue. Hierfür bitte der Turnverein die Stadt um die Bereitstellung eines geeigneten Grundstücks und um einen Barzuschuss. Hinsichtlich der Bedingungen für die Bereitstellung des Baugrundstückes und über die Höhe des Barzuschusses sei heute vom Gemeinderat zu entscheiden. Er empfehle, das Baugrundstück erst dann zur Verfügung zu stellen, wenn der Turnverein für die geplante neue Halle eine gesicherte Finanzierung vorlegen könne. Bei Bewilligung städtischer Leistungen seien von der Stadt auch die Nutzungsbedingungen festzulegen. Bei Bewilligung eines Barzuschusses müsse sich dessen Höhe an den Regelungen in den Vereinsförderungsrichtlinien orientieren. In dieser Hinsicht gebe es aber, wie bei der Bezuschussung der Vereinsheimerweiterung des Fußballclubs Pfohren praktiziert, die Möglichkeit, auf die Deckelung des Zuschusses zu verzichten. Aus seiner Sicht sei die Gewährung eines Barzuschusses in Höhe von 150.000 € für die Stadt vertretbar.

Herr Rudolf (Turnverein Donaueschingen): Die Kosten für den Bau der Turn- und Bewegungshalle müssten unter Berücksichtigung der Preisentwicklung auf etwa 1,2 Mio. € fortgeschrieben werden. Aus Spenden gebe es dafür bereits einen Grundstock von 100.000 €. Bei einer positiven Entscheidung des Gemeinderates in der heutigen Sitzung sei zu erwarten, dass andere Sponsoren nachziehen. Es könne dann auch ein höherer Zuschuss des Turnerbundes erwartet werden.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Die Sinnhaftigkeit des Turnverein-Projekts sei nicht in Frage zu stellen. Die vom Verein bei dessen Realisierung einzugehenden finanziellen Risiken seien aber nicht außer Acht zu lassen. Die Stadt solle dem Turnverein jetzt ein positives Zeichen geben. Die Bereitstellung des Baugrundstücks und die Zusage eines Barzuschusses in Höhe von 150.000 € halte die FDP-Fraktion für vertretbar. Eine mögliche Bürgschaft dürfe die Stadt hingegen nicht übernehmen. Das Baugrundstück dürfe dem Turnverein erst dann zur Verfügung gestellt werden, wenn die Finanzierung gesichert sei.

Stadtrat Karrer: Für den Gemeinderat sei es schwierig, sich heute schon hinsichtlich der Höhe des Barzuschusses festzulegen, nachdem noch keine konkrete Planung vorliege und somit auch die Höhe der Baukosten noch nicht feststehe. Aus seiner Sicht seien die geschätzten Baukosten in Höhe von 1,2 Mio. € nicht realistisch. Es müsse deshalb damit gerechnet werden, dass diese sich letztlich auf bis zu 1,8 Mio. € belaufen könnten. Deshalb empfehle er, den städtischen Barzuschuss mit 200.000 € festzulegen.

Stadtrat Hall: Es sei der Vorschlag der CDU-Fraktion gewesen, die geplante Turn- und Bewegungshalle im Bestand zu verwirklichen. Es sei bedauerlich, dass dies so nicht umsetzbar sei. Die neue Situation habe auch zum Ergebnis, dass die finanzielle Leistung der Stadt nicht so hoch ausfallen könne wie bei einer Lösung im Bestand. Die Gewährung eines städtischen Barzuschusses für das Projekt des Turnvereins in Höhe von 150.000 € halte die CDU-Fraktion für vertretbar. Dieser könne aber erst ausbezahlt werden, wenn ein schlüssiges Konzept zum Ausgleich der laufenden Kosten vorliege. Gleiches gelte für die Bereitstellung des Baugrundstücks durch die Stadt. Bei den laufenden Kosten müsse pro Jahr vermutlich von mindestens 50.000 € ausgegangen werden.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Es gebe keine Zweifel, dass der Gemeinderat das Vorhaben des

Turnvereins unterstütze. Auch die GUB-Fraktion bedauere, dass eine Lösung im Bestand nicht umgesetzt werden könne. Hinsichtlich der jetzt zur Diskussion stehenden Lösung habe die GUB-Fraktion noch gewisse Zweifel und Bedenken hinsichtlich der Finanzierung der Folgekosten. Der Empfehlung von Oberbürgermeister Frei, das Vorhaben durch die Stadt mit der Überlassung eines Baugrundstücks im Wert von ca. 50.000 € und einem Barzuschuss in Höhe von 150.000 € zu unterstützen, stimme die GUB-Fraktion zu.

Stadtrat Blaurock: Auch die Grünen-Fraktion unterstütze den Vorschlag des Oberbürgermeisters. Das Baugrundstück solle jedoch erst zur Verfügung gestellt werden, wenn die Finanzierung der Halle gesichert sei und ein Konzept zum Ausgleich der laufenden Kosten vorliege.

Oberbürgermeister Frei: Für die Überlassung des Baugrundstückes empfehle er folgende Bedingungen festzulegen:

1. Das Baugrundstück wird von der Stadt erst zur Verfügung gestellt, wenn die Finanzierung des Hallenprojekts gesichert ist und ein schlüssiges Konzept zum Ausgleich der laufenden Kosten vorliegt.
2. Das Grundstück ist an die Stadt zurück zu übertragen, wenn es nicht mehr entsprechend der ursprünglichen Zweckbestimmung genutzt wird.
3. Damit die von der Stadt gewünschte städtebauliche Qualität gewährleistet ist, muss die Planung für das Bauvorhaben mit der Stadt abgestimmt werden.
4. Die Stadtverwaltung ist in das Belegungsmanagement einzubinden.

Stadtrat Karrer: Er ziehe seinen Vorschlag auf die Gewährung eines Barzuschusses in Höhe von 200.000 € zurück. Nach den Wortmeldungen der Sprecher der anderen Fraktionen sei deutlich geworden, dass es für die Realisierung seines Vorschlags keine Mehrheit geben werde.

Oberbürgermeister Frei: Im Zusammenhang mit der Finanzierung des Bauvorhabens des Turnvereins würden von der Stadt keine Bürgschaften übernommen.

Beschluss:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich eine Turn- und Bewegungshalle für den Turnverein und die städtischen Schulen nicht in einer bereits vorhandenen städtischen Schulsporthalle realisieren lässt.
2. Wenn der Turnverein die geplante Geräteturnhalle selbst realisieren sollte, werden von der Stadt vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im entsprechenden Haushaltsplan abschließend folgende Leistungen erbracht:
 - b) Bereitstellung des Baugrundstücks zu folgenden Bedingungen:
 - Das Baugrundstück wird von der Stadt erst zur Verfügung gestellt, wenn die Finanzierung des Hallenprojekts gesichert ist und ein schlüssiges Konzept zum Ausgleich der laufenden Kosten vorliegt.
 - Das Grundstück ist an die Stadt zurück zu übertragen, wenn es nicht mehr entsprechend der ursprünglichen Zweckbestimmung genutzt wird.

- Damit die von der Stadt gewünschte städtebauliche Qualität gewährleistet ist, muss die Planung für das Bauvorhaben mit der Stadt abgestimmt werden.
 - Die Stadtverwaltung ist in das Belegungsmanagement einzubinden.
- c) Gewährung eines Investitionszuschusses im Rahmen der Vereinsförderungsrichtlinien in Höhe von 150.000 €
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Finanzmittel in der mittelfristigen Finanzplanung zu berücksichtigen.
- (einstimmig)

Herr Rudolf/Turnverein: Er dankt dem Gemeinderat für diesen Beschluss.

11) TOP 60-003/11 Bebauungsplan Bühlstraße, 2. Änderung - Aufstellungsbeschluss

Herr Bunse führt ergänzend zur Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Frank Nickel: Gemeinderat und die Verwaltung müssten darüber nachdenken, aus welchem Grund die Bauplätze im Baugebiet Bühlstraße so schlecht zu verkaufen seien. Die Hemmnisse seien in den neu zu planenden Bauabschnitten in der richtigen Weise zu berücksichtigen. Er halte es aber nicht für richtig, nur Einfamilienhausbauplätze anzubieten.

Oberbürgermeister Frei: Auch Verwaltung und Gemeinderat seien mit der bisherigen Entwicklung nicht zufrieden. Es werde deshalb Handlungsbedarf gesehen. Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung sei das Thema eingehend beraten worden. Die inhaltliche Diskussion zum Bebauungsplan werde in einer der nächsten Sitzungen des Technischen Ausschusses erfolgen.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(31 Ja, 1 Enthaltung)

12) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Große Realschulturnhalle – Duschen

Stadträtin Rösch: In der großen Turnhalle der Realschule würden die Duschen schon seit mehreren Monaten teilweise nicht funktionieren. Obwohl dieser Hinweis schon mehrfach gegeben worden sei, seien diese bisher nicht repariert worden. Auch werde die Sporthalle nicht zufriedenstellend gereinigt. So seien zum Beispiel die Umkleidekabinen oft sehr schmutzig. Aus ihrer Sicht sei es notwendig, die vertragsgemäße Ausführung der Reinigung besser zu kontrollieren.

Bühlstraße

Herr Bunse: (Auf Frage von Herrn Frank Nickel) Die Parkplätze in der Bühlstraße werden eigentlich von den Technischen Diensten der Stadt gebahnt. Aus welchem Grund dies in diesem Winter nicht so gehandhabt wurde, sei ihm nicht bekannt. Er werde diesen Hinweis an die Technischen Dienste weitergeben. Die Herrichtung des Kommunikationsplatzes in der Bühlstraße könne nicht, wie gewünscht, kurzfristig umgesetzt werden.